

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 5. April. Den heute beginnenden Verhandlungen über den Nachtragset, der die Forderungen für den neuen Ministerpräsidenten enthält, wird mit einiger Spannung entgegen gesehen. Es wird der Versuch gemacht werden, bei dieser Gelegenheit eine allgemeine Besprechung der innenpolitischen Lage herbeizuführen, die an manchen Stellen noch Unklarheiten aufweist. Der Reichstagspräsident hat sich jener Debatte, die im Reichstage über die Trennung des Reichsanlagenamts von dem Ministerpräsidenten in Preußen stattfand, von den Verhandlungen des Landtags, wie des Reichstags vollkommen fern gehalten. Sonst ein regelmäßiger Besucher der Sitzungen, war er diesmal weder bei der dritten Lesung des Etats im Herrenhause, noch bei den Schlussverhandlungen des Reichstags erschienen. Es mögen Zufälligkeiten, die Beschäftigung mit Arbeiten anderer Art gewesen sein, die dieses Fernbleiben notwendig gemacht haben, aber Erwägungen dieser Art haben das Gefühl nicht unterdrücken können, daß trotz aller äußerlich zur Schau getragenen Befriedigung über die Wahrung der Dinge und die Vorfahrung der schweren und vielfachen Verantwortlichkeit für die preussischen Angelegenheiten von den Mägen des Reichsanlagenamts eine gewisse Verstimmlung bei dem Grafen Caprivi zurückgeblieben sei. Auch da, wo eine solche Auffassung der Dinge nicht besteht, wird man nur wünschen können, daß bei Gelegenheit der Beratung des Nachtragsetts mit Gerüchten dieser Art ausgeräumt werden möge. Von diesen ist die Höhe des für das Ministerpräsidenten auszuworfenden Gehaltes bemängelt worden; es ist mit Repräsentationskosten auf die gleiche Höhe mit dem Gehalt des Reichsanlagenamts gebracht worden. Aber eine geringere Ausstattung der Stelle war bei dem Aufwande, den sie in der Vertretung der preussischen Regierung nach außen hin nötig macht, kaum angänglich, und an ihrer Vermehrung kann sich nur zeigen, wer nach Gründen sucht, um an der Faltung der Regierung überhaupt zu mäkeln. Wenn in einem Vermerk zu dem Titel angeordnet wird, daß die Forderung künftig in Wegfall solle, so wird man von liberaler Seite dagegen nichts einzuwenden haben. Bei den Debatten im Reichstage war von den Führern der national-liberalen und der freisinnigen Partei erklärt worden, daß auch sie in dem jetzt geschlossenen Zustand nur ein Provisorium erblicken könnten und daß man späterhin wieder zu der alten Einrichtung zurückkehren werde. Wie nahe oder wie fern dieses „späterhin“ liegt, darüber Vermutungen anzustellen würde im gegenwärtigen Augenblicke kaum angezeigt sein.

Berlin, 6. April. Der Kaiser gewährte vorgestern Nachmittag der Frau von der Hoeven wiederum eine etwa einstündige Sitzung. Abends hatte das Kaiserpaar den Prinzen und die Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein, den Oberpräsidenten der Provinz Pommern von Büttner und dessen Gemahlin, den Premierlieutenant im Leib-Garde-Dukaten-Regiment von Götting und den Professor Hertel u. f. w. zur Tafel geladen. Gestern Vormittag empfing der Kaiser den kommandierenden General des 3. Armeekorps Generalleutnant von Versen und dann den General der Kavallerie Grafen Friedrich Brandenburg, welcher die Orden seines verstorbenen Bruders in die Hände des Kaisers zurücklegte.

Die Kaiserin Friedrich besuchte vorgestern Nachmittag mit der Gräfin Wälder gelegentlich einer Ausfahrt das städtische Krankenhaus am Urban. Gestern Vormittag begab sich die Kaiserin Friedrich nach der Friedenskirche in Potsdam, wo sie in der Grabkapelle des Kaiser Friedrichs mit der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein, der Erbprinzeßin von Sachsen-Weimarn und der Prinzessin Margarethe zu einem kurzen Gottesdienste und zur Abendmahlfeier vereint war. Am nächsten Montag Vormittag wird die Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin-Löcher Margarethe Berlin verlassen und sich zunächst nach Bonn begeben, um am nächsten Tage, den 12. d. M., zur Geburtstagsfeier der Prinzessin-Löcher Viktoria, Gemahlin des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe, daselbst anwesend zu sein. Von Bonn aus beabsichtigt die Kaiserin Friedrich sich zum Besuch nach Darmstadt an den großherzoglichen Hof und hierauf von dort zu längerem Aufenthalt nach Homburg zu begeben. Gestern Vormittag besuchte die Kaiserin Friedrich die unter ihrem Schutz stehende Ausstellung von Schiller- und Schreierarbeiten des Berliner Hauptvereins für Knaben-Handarbeit im hiesigen Rathaus.

Der persönliche Adjutant des Herzogs Ludwig in Bayern sendet den „Münchener Neuesten Nachr.“ nachstehendes Schreiben: „Geehrte Redaktion! Ich erlaube und ermähnte Sie, in Ihrem werthen Blatte zu veröffentlichen, daß das was nicht von Ihnen gebracht, aber doch in verschiedene Blätter übergegangene Gerüchte von einer Verlobung Seiner königl. Hoheit vollständig unwahr ist.“

Die Verdingung Direktor Ernst Reng's erfolgt heute Vormittag vom Trauerhause Markgrafenstraße Nr. 11 aus, von dessen Giebel bereits seit zwei Tagen eine mächtige Trauerfahne herabhängt. Der Leichenzug wird sich gegen dreiviertel Uhr in Bewegung setzen und dann den folgenden Weg nehmen: Markgrafenstraße entlang, über die Kochstraße hinweg bis zur Zimmerstraße, durch die Zimmerstraße bis zur Friedrichstraße, dann durch die ganze Friedrichstraße hinunter über die „Einen“ hinweg, die Gassestraße entlang bis zur Eisenstraße. Von Zirkusdirektoren sind, wie wir hören, zur Verdingung bisher eingetroffen: Oscar Carré aus Amsterdam, Schumann aus Magdeburg, Busch aus Hamburg, Herzog aus Kiel und Wulff aus Hamburg, ferner die Spezialitäten-Direktoren Wöhl und Meißner aus Hannover. Die verschiedenen Künstler-Gesellschaften werden im Zuge ebenfalls durch Deputationen vertreten sein. Die Entfaltung eines besonderen Leichenprints hat sich übrigens der alte Reng testamentarisch vorbehalten. Eine Fülle der kostbaren Kränze ist im Sterbehause eingetroffen. Herzog Ludwig in Bayern und der Polizeipräsident von Wien haben ebenfalls wunderbare Kränze spenden am Sarge mitbelegen lassen. — Direktor Ernst Reng hat ein mobiles Vermögen von mehr als fünfzig Millionen Mark hinterlassen. Auf dem Dortheimstädtischen Friedhof in der Eisenstraße, wo er heute beigesetzt wird, ruht schon sein Sohn Ernst. Der neue Direktor Herr Franz Reng wird

ein prächtiges Erbbegräbniß für die Familie Reng auf diesem Friedhofe erbauen lassen.

Die Regierungen haben sich, wie es scheint, entschlossen, dem fast einstimmigen Beschluß des Reichstags betreffs der Unterdrückung der Familien zu Friedensübungen eingetragener Mannschaften Rechnung zu tragen; die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt am Schluß eines die Motive des Reichstages darstellenden Artikels über den Gesetzentwurf:

„Hat die überwiegend große Mehrheit des Reichstages sich von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, so werden sicherlich die verbündeten Regierungen nicht hinter dem damit beabsichtigten Maße von Wohlwollen für die Familien der Reservisten und Wehrmänner zurückbleiben, und wir glauben uns keinem Irrtum hingeben, wenn wir annehmen, daß die Zustimmung des Bundesraths zu dem vom Reichstage für dieses Gesetz beschlossenen Fassung in sichere Aussicht genommen werden darf.“

In Sachen des Volkskutschengesetzes wiederholt die „Kreuzzeitg.“ zum hundertsten Male, daß Graf Rehtig berechtigt gewesen sei, auf die erforderliche Unterstützung zur Durchführung seines Wertes zu rechnen. Mit welcher Gründlichkeit dabei verfahren wird, mag man aus folgendem Satz entnehmen:

„Nachdem der Gesetzentwurf dem Landtage vorgelegt worden war, brachte der vormalige Ministerpräsident Graf Caprivi die Solidarität des Staatsministeriums durch die nachdrücklichste Vertretung des Entwurfs in entschiedenster Weise neben dem Reichstag zum Ausdruck. Es liegt für jeden Kundigen klar zu Tage, daß sich in dieser entscheidenden Behandlung der Vorlage die volle Uebereinstimmung des gesamten Staatsministeriums ausdrückte.“

Daß der Finanzminister Dr. Miquel beim Beginn der parlamentarischen Verhandlungen über den Entwurf sein Entlassungsgesuch eingereicht und der Kaiser dasselbe abgelehnt hatte, scheint die „Kreuzzeitg.“ bereits vergessen zu haben.

Die ultramontane Presse überbietet sich in Versicherungen, wie einzig und unübertroffen die Partei nach der großen Niederlage in Preußen daselbst. Dazu bemerkt die „Nat.-lib. Korresp.“: „Vergleichen Prähärenien sind immer verächtlich. Wie gewöhnlich, sind sie auch im vorliegenden Falle bestimmt, die wirkliche Lage zu verhüllen. Die Wahrheit ist, daß es um die innere Einheit im deutschen Ultramontanismus niemals kritischer gestanden hat, als in diesem Augenblicke. Es ist ja auch nur zu begreiflich, daß jene schon an sich nicht zu unterschätzende Richtung, welche mit den etwas plumpen Kundgebungen einer vertrauenslosen Politik, wie sie die gegenwärtige Färbung des Zentrums bald nach Windthorst's Tode in Szene zu setzen begann, von vornherein nicht einhergehen war, durch den Ausgang der Volksschulangelegenheit eine bedeutende Stärkung erfahren hat. Der anderen Richtung, welche hauptsächlich durch den Grafen Wallesbire repräsentiert wird, erwächst daraus eine nicht geringe Gefahr. Schon im letzten Herbst ist es ihr nicht leicht gefallen, die sehr bösartige Opposition der „Rechten“ und einiger süddeutscher Organe zum Schweigen zu bringen, obgleich damals dem Zentrum der Himmel voller Geigen hing. Jetzt wird der aristokratisch-opportunistische Flügel um eine unangenehme Demütigung innerhalb der Partei nicht herumkommen. Was man der Führung vorwirft, ist, daß sie, in dem Wahne, den Sieg in der Schulgesetzefrage so gut wie errungen zu haben, von den alten Positionen des Zentrums eine nach der andern aufgegeben und dadurch die schließliche Niederlage nach um Vieles verschlimmert habe. Besonders die Zurückziehung des Jesuitenanstandes wird getadelt, und zwar um so mehr, als nicht einmal das erreicht worden, was man als Minimumwirkung des Antrages erwartet hatte, nämlich die Wiederzulassung der Redemptoristen. Es genügt einen fast komischen Anblick, wie die offizielle Zentrumspresse über die Verlegenheiten dieser Situation hinwegzukommen sucht. So führt die „Germania“ in demselben Artikel den Nachweis, wie weise die Zurückziehung des Jesuitenanstandes gewesen sei, und kündigt zugleich an, daß der Antrag in der nächsten Session wieder eingebracht und mit aller Energie verfolgt werden solle. Nach der bisherigen Geschichte der Tragikomödie des Jesuitenanstandes kann diese Drohung nur erweiternd wirken. Aber es ist ja möglich, daß, wenn die gegenwärtige Unzufriedenheit unter der ultramontanen Gefolgschaft mehr zur Entwicklung gelangt, auch die Führung sich zu einer entschiedenen oppositionellen Haltung bequemen und auch endlich einmal in den sauren Apfel der Jesuitenabgabe beißen muß. Kommt es dahin, so kann es uns nur recht sein.“

Kiel, 4. April. Der nunmehrige Kommandant der Insel Helgoland, Konter-Admiral Mensing, ist noch nicht 50 Jahre alt und diente anfangs in der österreichischen Marine. Aus ihr trat er nach 7 1/2-jähriger Dienstzeit im Juni 1866 als Unter-Lieutenant z. S. über, wurde 1867 Lieutenant z. S., war als solcher nach Berlin zum Artillerie-Kommando kommandiert und avancierte 1871 zum Kapitän-Lieutenant. In dieser Charge gehörte Mensing der Torpedo-Versuchskommission an und stieg 1875 schon zum Korvetten-Kapitän auf. Als solcher befehligte er das damals in Australien stationierte Dampf-Kanonboot „Albatros“ und nach seiner Rückkehr die zweite Matrosen-Artillerie-Abteilung. Das Jahr 1882 brachte Mensing die Ernennung zum Kapitän z. S. In dieser Eigenschaft führte er das Seeladenschiff „Prinz Albrecht“ nach der Westamerikanischen Station, präsidirte nach der Heimkehr der technischen Versuchs- und später der Schiffsprüfungskommission, um 1888 die Inspektion der Marine-Artillerie und 1890 die Stelle des Inspektors der zweiten Marine-Inspektion zu übernehmen.

Hamburg, 5. April. Die „Hamb. Nachr.“ berichtet, daß der Abg. v. Roscioli als künftiger Oberpräsident der Provinz Posen in Aussicht genommen sei.

München, 5. April. Die städtischen Kollegien haben dem Germanischen Museum zur Erweiterung der Sulfowak-Sammlung einen außerordentlichen Beitrag von 1000 Mark zugewiesen.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 5. April. Der Großherzog von Luxemburg wurde heute Nachmittag vom Kaiser in der Hofburg empfangen, nachdem der Kaiser

ihm vorher einen Besuch abgestattet hatte. Gerüchtheise verlautet, der Großherzog beabsichtige, seine in Böhmen liegenden Güter zu verkaufen.

Wien, 5. April. Privatbriefe, die an hiesige griechische Kaufleute gelangt sind, künden eine erhebliche Verstärkung der Garnison von Korfu an.

Pest, 5. April. Aus Odesa meldet die „Ang. Kor.“:

In den südlichen Gegenden Rußlands haben die Saaten schlecht überwintert. Der Stand des Weizens und Roggens wird um 25 Prozent ungünstiger geschätzt als im Vorjahre. Für die Sommerfrüchte sind ebenfalls schlechte Aussichten, weil nicht genügender Anbau von Düngemitteln ist. Die russische Regierung hat bisher unter die Nothleidenden nicht viel Saatfrucht verteilt.

Pest, 5. April. (W. T. Z.) Abgeordnetenhaus. In der heute fortgesetzten Budgetdebatte kam der Ministerpräsident Graf Szapary bei dem Titel „gemeinsame Ausgaben“ auf die Aeußerung des Abgeordneten Bedöly zurück, wonach die russischen Truppeneingetrüngen an der polnischen Grenze weder für Oesterreich-Ungarn noch für Deutschland einen bedrohlichen Charakter hätten. Graf Szapary erklärte, ganz Europa werde diese Aeußerung gewiß freudig begrüßen, ein Kriegsmiñister könne sich aber nicht auf Großküchen berufen, sondern müsse auch andere Faktoren als Grundlage für seine Maßnahmen berücksichtigen. Der Ministerpräsident wies dann die Behauptung zurück, daß der Finanzminister allein den übermäßigen Forderungen des Kriegsmiñisters entgegengetreten sei; dem gemeinsamen Vorgehen des gesamten ungarischen Kabinetts und der österreichischen Regierung sei es gelungen, das Erforderniß herabzusetzen. Graf Szapary widerlegte dann den Vorwurf des Abgeordneten Bedöly, welcher ein bestimmtes Programm bei dem Kriegsmiñister vermisst. Die Regierung, erklärte Graf Szapary, sei bestrebt, die Erhaltung der Sicherheit des Landes mit dessen Finanzlage in Einklang zu bringen, wiewohl die größte Gewähr für den europäischen Frieden zweifellos in den Bündnissen der Monarchie mit ihren Allirten liege. Es dürfte nicht vergessen werden, daß der Einfluß Oesterreich-Ungarns seinen Allirten gegenüber in dem Maße zunehme, wie es den Aufgaben zu entsprechen vermöge, welche den Zweck der Bündnisse bilden. (Lebhafte Beifall.)

Vor allem aber müsse man die Existenz des Vaterlandes nicht den Verbündeten anvertrauen, sondern in erster Reihe der eigenen Kraft, aus welcher man alle im Interesse des Vaterlandes nothwendigen Verfügungen treffen müsse. (Lebhafte Beifall.) Der Titel wurde sodann angenommen.

Gernowitz, 5. April. Das bisherige Ergebnis der Landtagswahlen bedeutet eine zweifelhafte Stärkung der rumänischen Partei, die bereits 14 Köpfe stark im Landtage erscheinen wird. Der Wahlausfall bedeutet daher eine Niederlage des Landespräsidenten Pace.

Belgien.

Brüssel, 5. April. In Folge eines Diebstahls von 200 Dynamitpatronen, die 25 Kilogramm Dynamit enthielten, aus dem Dynamitlager zu Vaneux herricht in der ganzen Provinz Lüttich der größte Schrecken. Die Polizeibehörde erfuhr, daß die jüngste geheime Anarchistenversammlung für den 1. Mai eine Reihe von Dynamitanschlägen beschloß. Die Dynamitdiebe sind bisher unbekannt geblieben. Die Polizei nimmt zahlreiche Hausdurchsuchungen vor.

Frankreich.

Vor einigen Tagen tauchte in der französischen Presse die Nachricht auf, Kriegsministerium und Generalstab bereiten für den kommenden Sommer eine Probemobilmachung des 6. Armeekorps (Mayen) und des 2. (Compiègne) vor. Die Mobilung wurde von Paris aus von einer Telegraphen-Agentur ins Ausland übermittelt; die betreffende Depesche wurde jedoch unterdrückt. Dann leugnete ein für seine offiziellen Verbindungen bekanntes Blatt die Richtigkeit der ganzen Nachricht. Trotzdem ist dieselbe durchaus zuverlässig gewesen. Der Plan, die seit der letzten Probemobilmachung vorgenommenen Aenderungen am Mobilisationsplan praktisch zu versuchen, hat nicht nur bestanden, sondern besteht, wie die „Allgem. Reichs-Korrespondenz“ aus bester Quelle wissen will, noch; nur hat die Idee, an der Düngrünze, und zwar mit dem unmittelbaren Grenzschutz haltenden Armeekorps des Experiment anzuustellen, von verschiedenen Seiten diplomatischen Einpruch in, nebenbei gesagt, durchaus freundlicher Form erfahren. Dem Minister des Aeußeren ist bedeutet worden, daß ein solches Experiment doch leicht falsch gedeutet werden könnte und auf die öffentliche Stimmung in Europa beunruhigend wirken müsse. Ein Entschluß der französischen Regierung steht noch aus, wenn nicht in dem jetzigen Ablegnen der Idee das Zugeständniß liegt, daß man den Plan aufgegeben.

Paris, 3. April. Nachdem Kabaöl sich zur Urbereicherung der jüngsten Dynamitanschläge bekannt hat, legt sich Paris völlig beruhigt schlafen, trotzdem nicht alle Mitschuldigen hinter Thür und Riegel sind. Auch wird ungemein viel Dynamit „gefunden“, so in Chagny, wie die „Agence Dalziel“ meldet. Beweis dafür, daß die Ueberwachung der Vorräthe bisher keine genügende war. Außerdem steht es jetzt außer Zweifel, daß die Fabrikmeister des Unstürzlers leider zur Genüge bekannt sind.

Raum hat das Dynamitfieber ein wenig nachgelassen, so treten koloniale Verräthlichkeiten ein. In Madagaskar gehen die Dinge nicht, wie sie sollten, da sich die Engländer angeblich als schlechte Nachbarn erweisen. Mehr Sorgen noch macht den Franzosen aber ihr jüngster Schutzherr, der König von Dahome, der trotz der ihm gewährten Jahrespension von 20,000 Franken wieder zur Offensive übergegangen ist, raubt, mordet und plündert, und sogar die französischen Küstestädte bedroht. Natürlich macht man in letzter Linie wieder — die Deutschen dafür verantwortlich, die Behanzin, dem Könige aller Amazonen, heimtückisch Feuerwaffen in die Hände geschmuggelt haben sollten. Man kann über dies immer wieder aufgewärmte Märchen nur verächtlich die Achseln zucken.

Wenn die Kolonialpolitik mit ihren schlechten Erfahrungen in Tonkin in Frankreich nicht so

unvollständig wäre und in Abomey etwas zu holen wäre, wie vor einigen Jahrzehnten in Peking, so würde man mit Behanzin längst fertig geworden sein. Aber da das Gegenteil der Fall ist, so haben wenig weitwichtige oder wenig energische Diplomaten mit ihm so lange lavirt, bis er zu der Ueberzeugung gelangt ist, Frankreich sei eine quantität négligeable. Selbst der „Temps“ erklärt heute, daß eine Expedition gegen Abomey kaum zu vermeiden sei. Die Art, wie er diese Erklärung ängstlich verlauscht, zeigt am deutlichsten, was ich weiter oben hervorhob, daß nämlich Dahomey und Dahomey-Expeditionen in einem mörderischen Sumpfschlamm nichts weniger, als vortrefflich sind. Zwar müsse man sich, führt das Blatt aus, vor dem bedrückenden Mittel der „kleinen Pakete“ hüten, aber allzuviel Kräfte werde das Unternehmen wohl nicht in Anspruch nehmen. Mit dieser vagen Erklärung ist natürlich nichts gesagt. Der Regentzeit wegen kann von einem Vormarsch gegen Behanzin, dessen ebenso lafonischen wie höhnischen Brief an den Gouverneur von Whydah der Telegraphenbricht schon übermittelt hat, gegenwärtig nicht die Rede sein. Man muß sich auf die Defensive beschränken. Die Thatsache, daß man in aller Hast die wenigen Kriegsschiffe, die sich im südlichen Theil des atlantischen Ozeans befinden, nach der bedrohten Küste beordert hat, verräth auf deutliche, daß ernste Gefahren drohen. In der That sind die zur Vertheidigung verfügbaren Kräfte um so ungenügender, als auf die eingeborenen Milizen kein rechter Verlaß ist. Der „Temps“ beklagt es auf das bitterste, daß es noch immer keine eigentliche Kolonialarmee gibt und daß man zur Bildung des Expeditionskorps auf die fremden Regimenter angewiesen ist, die ihm als Kern dienen sollen.

Paris, 4. April. (W. T. Z.) Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Anfrage wegen der Zustände in Tonkin erklärte der Unterstaatssekretär der Kolonien, das Delta sei pazifizirt, nur in den Gebirgsgegenden fanden sich noch aufrührerische Banden vor. Der Unterstaatssekretär schloß an diese Antwort den Antrag, daß die Kolonial-Armee zusammenkomme, damit die Regierung der kolonialen Politik Nachdruck geben könne.

Großbritannien und Irland.
London, 3. April. Der Markt und Wein durchdringende Nordostwind, welcher uns volle sechs Wochen lang fast ununterbrochen gepeinigt hat, ist endlich gewichen und seit gestern herrscht eine wahre Hundstagshitze. Der Hyde-Park hat in Folge dessen heute nach der Kirche ein äußerst belebtes Bild dar; auch die vornehmste Welt war zahlreich vertreten und bewegte sich gewöhnlichmäßig in abgedeckten Gruppen auf den Fußsteigen am Rotten Row. Die meisten waren aber schon „auf dem Fluge“, der zu Oftern von allen unternommen wird, die auf „einen guten Aus“ halten und sich ihren Selbst-Respekt bewahren wollen; denn nach den ungeschriebenen Gegeben der Gesellschaft ist es fast verpönt, die Festwoche in London zuzubringen — oder wenigstens während dieser Zeit hier geblieben zu werden. Die hohe Politik wurde vielfach besprochen und die Ansichten waren so ziemlich darüber einig, daß die Auflösung des Parlamentes bald nach den Ofterferien stattfinden wird, d. h. sobald die Budget-Debatte zu Ende ist. Vor Mitte Mai ist dies jedoch nicht denkbar, Lord Salisbury würde es sonst kaum rathsam finden, bis zum 24. April nach der Riviera zu reisen, wenn er nicht die Absicht hegte, das Parlament mindestens bis Pfingsten zusammenzuhalten. Vor der Hand also ist Waffenstillstand, da die Opposition sich trotz aller Schreierei die Wahlkampagne durchaus nicht als über Kopf hinwegbeiwünscht. Der Bauer, ohne dessen „Verstand“ — und Stimme die Opposition weniger Aussicht auf einen glänzenden Erfolg haben würde, hat im Frühjahr keine Zeit zu vergeuden, ebensowenig wie im Späthommer. Die Opposition möchte daher am liebsten, daß die Wahlen im Juni oder Juli stattfinden. Diesen Gefallen wird die Regierung hoffentlich nicht erweisen.

Der „Standard“ erzählt aus Bombay, daß der Emir von Afghanistan den Wunsch hegt und geäußert hat, demnach England zu besuchen, daß der Weg aber, den der Emir zur Ausführung dieser Absicht betreten hat, von Seiten der indischen Regierung sowohl wie von dem Kabinett in London nicht gebilligt worden sei. Es handelt sich dabei lediglich um eine Etiquette-Frage. Der Emir besteht darauf, als souveräner Fürst aufzutreten und erachtet es als solcher unter seiner Würde, mit dem Vizekönig von Indien zu verhandeln. Er hat diesen daher übergangen und sich direkt nach London gewandt, wurde aber von Lord Salisbury ohne Bescheid an den Vizekönig verwiesen. Im Uebrigen würde man den Besuch des Emirs hier mit großer Bereitwilligkeit entgegennehmen; aber selbst dem Agnatenfürsten zu Liebe wird die englische Regierung sich kaum herbeilassen, den Vizekönig zu übergehen.

England.

Petersburg, 5. April. (W. T. Z.) Der Präsident des Ministerkomitees, Bunge, welcher von seiner Krankheit wiederhergestellt ist, nimmt, wie verlautet, einen Urlaub bis zum Herbst zu einer Reise nach dem Auslande.

Afrika.

Täglich kommen jetzt Telegramme aus Westafrika über Kämpfe der Franzosen mit den Leuten des Königs von Dahomeh. Die Verhältnisse an jener Küste stehen also genau wie vor einem Jahre, als der Telegraph fast wöchentlich dieselben Meldungen brachte. Daß sich nach dem mit dem Könige Behanzin im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrage jetzt genau dieselben Vorgänge wiederholen können, ist dadurch verursacht, daß die Franzosen 1891 nicht grünllich zu Werke gingen, nämlich den von seiner Macht eingenommenen König in seinem eigenen Lande, in seiner Hauptstadt Abomeh bedrohten, sondern mit ihm ohne eigentliche Verletzung verhandelten und ihn noch ein Jahresgehalt bewilligten. Verschiedene Gründe veranlaßten damals das französische Kabinett hierzu. An erster Stelle geht man überhaupt nur schwer an einen durchgreifenden Kampf, da dieser ungewöhnliche Mittel fordert und das Ende sich niemals ganz übersehen läßt. Dann fürchtete das Ministerium wie gewöhnlich für seine Existenz, wenn man mit hohen Forderungen für eine solche unbestehende Sache käme. Schließlich

kam der Verlegenheit der Umstände da zu Hilfe, sieben Europäer, fast lauter Franzosen, dem Könige Behanzin in die Hände gefallen waren; man wollte sie erklärungslos am Leben erhalten und trat sehr sanft gegen den Feind auf. Vorher hatte man aus guten Gründen ein energisches Vorgehen im Auge. Auf eine Anfrage Deloncles in der Deputirtenkammer Anfang März erklärte Unterstaatssekretär Etienne: Der König wolle die früheren Verträge nicht anerkennen; auf Verhandlungen des Gouverneurs Bagnol habe er herausfordernd geantwortet und sei zu Angriffen übergegangen. Sollte er keine Genugthuung geben, so wird man französischerseits kräftige Maßnahmen ergreifen, um dem Könige eine heilsame Lehre zu geben. Dazu bedürfte man aber bedeutender Mittel. Dieser Plan kam nicht zur Ausführung und das rächt sich jetzt.

Um die telegraphischen Mittheilungen zu verstehen, muß man sich die Dittlichkeit näher ansehen. Die Kämpfe erfolgen fast durchwegs in der Nähe von Porto Novo, einem Gebiete, wohin die Dahomey-Krieger von altersher Einfälle machen, um sich Menschen für ihre Opferfeste zu holen. Die beste Karte von dieser Küste und dem Dahomey-Gebiete überhaupt ist von dem jetzt vielgenannten Administrator V. Ballot entworfen, welcher 1886 eine Fahrt den Veme-Fluß hinauf machte und einen Punkt 40 Kilometer nördlich von Abomeh erreichte, wohin wohl noch ein Europäer gekommen war. Porto Novo liegt im Innern etwa 20 Kilometer von der Küste entfernt (0° 20' nördl. Länge von Paris, 6° 30' nördl. Breite) an der gleichnamigen Lagune, die sich dort zu einem ansehnlichen See erweitert. Das französische Fort Porto Novo liegt nur etwa 10 Kilometer von der Mündung des nahezu einen Kilometer breiten Veme. In der Mündung selbst liegt die Insel Agege, deren Nordspitze die Franzosen besetzt und besetzt haben, so daß sie die Hauptwasserstraße des Landes beherrschen. Die Stadt Weidoh (Ballot schreibt Whydah) liegt etwa 60 Kilometer westlich (0° 20' westl. Länge von Paris) und kommt hierbei nur beschränkt ins Spiel, weil dort die Behörde sitzt, durch welche König Behanzin mit den Europäern verkehrt. Von dort aus ist an den französischen Gesandten Ballot mitgetheilt worden, der König habe den Krieg eröffnet, weil alles von den Franzosen besetzte Gebiet daselbst mit Ausnahme des Meeres (welches der König niemals sehen darf) ihm gehöre. Das ist das alte Verfahren; der König sagt sich, wenn es ihm paßt, einfach von den geschlossenen Verträgen los. Schon früher hatten die Könige, 1868 und 1878, mit Frankreich Abmachungen getroffen, worin diesem Küstenplätze mit anstößendem Gebiete abgetreten wurden; aber immer wurden sie später bestritten. Also alle Verhandlungen können in dem nun ausgebrochenen Kampfe nichts nützen.

König Behanzin sitzt auf dem Thron von Abomeh seit dem 30. Dezember 1890, an welchem Tage sein Vater Dada-Ghe-De farb. Er war gewöhnlich, vorerfrüherig vorzugehen: einmal mußten Tausende von Menschen besetzt werden, um die für das Grab des verstorbenen Königs nöthigen Schlachtopfer zu beschaffen; dann hätte aber Behanzin ohne solche Opfer und Einfälle an Aufsehen im Lande sehr verloren. So begannen im vorigen Jahre die Kämpfe mit den Franzosen. Aehnliche Gründe werden wohl jetzt die neuen Einfälle hervorgerufen haben. Behanzin erkennt die früheren Verträge einfach nicht an. Sein wohlorganisiertes Reich mit der gut gedrillten Armee steht doch über den Nachbarkräften und Stämmen, ferner ist noch keine europäische Macht in feindlicher Absicht bis Abomeh, seiner Hauptstadt, vorgezogen, welche 200 Km. von der Küste ab durch mächtige Sümpfe und Gebirgsstöcke geschützt liegt. Er hält sich also noch für unangreifbar und unbeflegelt. Solchen Glauben und solche Zuversicht müssen ihm die Franzosen nehmen, ehe sie auf Kuße rechnen können. Das kostet große Anstrengungen. Im vorigen Jahre, als man noch nicht zu Verhandlungen gekommen war, wurde vorgeschlagen, 3-4000 Mann aus Europa herüberzuholen und außerdem die farbigen Truppen vom Senegal her zu verstärken; dazu gehört eine ganze Flotte. Die Vorgänge an der Dahomehküste sind nicht nur recht beachtenswerth, sondern auch sehr lehrreich.

Amerika.

Die New Yorker Blätter bringen Berichte über „Interviews“, welche ein Vertreter der amerikanischen Silber-Interessen hier in Berlin mit deutschen Sachkundigen über die „Trage“ der Doppelwährung angestellt. Sie melden:

Herr Dr. Koch, Präsident der Reichsbank, sprach sich mit Bezug auf die Verurteilung einer Münz-Konferenz seitens der Vereinigten Staaten dahin aus, daß Deutschland sich an einer solchen betheiligen würde, wenn England sich bereit erklärt, daran Theil zu nehmen. Bisher sei aber eine Einladung zu einer solchen Konvention, soweit eine Information reiche, nicht erfolgt. Herr Dr. Koch glaubt nicht, daß England einen Währungswechsel vornehmen würde. England habe allerdings ab und zu eine legerische Dineigung zu Silber gezeigt, die Liebe sei aber eine platonische und wenn es zum Klappen komme, so würde es sicher an seiner Goldwährung festhalten. Mit Bezug auf die Goldbewegung sagt Herr Dr. Koch, daß man sich im letzten Sommer und Herbst aus Anlaß der amerikanischen Ernten auf einen großen Gold-Export nach Amerika gefaßt gemacht habe. Daß statt dessen Gold von Amerika nach Europa gegangen sei, schreibt er dem Umstände zu, daß London sich die hohen Preise unserer (der amerikanischen) Papiere zu Nutzen gemacht und große Beträge auf unsere Markt geworfen habe. Herr Dr. Koch glaubt, daß die Passirung einer Silber-Freigepfandes-Bill die Prosperität unseres Landes arg schädigen würde. Jeder plötzliche Wechsel in der Währung verursache einen störenden Einfluß, der um so größer, wenn derselbe sich zu Gunsten eines minderwerthigen Metalles vollziehe. Als Resultat eines solchen Schrittes würde Gold weiter nach Europa gedrängt, der amerikanische Kredit unterminirt, und schließlich würden diejenigen den größten Schaden davon haben, welche den meisten Vortheil von diesem Gezele erwarteten.

Herr Dr. Siemens, Direktor der Deutschen Bank und Reichstags-Abgeordneter, glaubt nicht, daß Deutschland irgend einer Maßregel zur Remonetisirung von Silber zustimmen würde. Was die Wirkung freier Silber-Prägung in Amerika betreffe, so würde Amerika dadurch ein Land mit

